

Nach dem Parteitag

Autor(en): **Grimm, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 9

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331497>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. J A H R G A N G -- M A I 1 9 3 3 -- H E F T 9

Nach dem Parteitag

Von Robert Grimm.

Dem Bieler Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie war ein Problem gestellt: *die Klärung der Meinungen*. Hat der Parteitag dieses Problem gelöst? Wer diese Frage ernsthaft stellen und ihre Bejahung erwarten wollte, bewiese nur, daß er das Problem selbst so wenig als das Wesen der Sozialdemokratie begriffen hätte.

Ein Parteitag kann zur Klärung der Meinungen beitragen, er kann die Klärung in die Wege leiten, er kann zu diesem Zweck Richtlinien aufstellen, aber der Klärungsprozeß selber kann sich nur allmählich, nicht mit einem Schlag vollziehen. Die Sozialdemokratie ist keine Kirche und stellt darum keine Glaubensgebote auf. Die Sozialdemokratie ist keine Hierarchie und kennt darum keine Exkommunikation. Die Sozialdemokratie ist eine Kampfpartei, und darum kann sie nur Kampfregeln aufstellen, die aus dem Wesen ihres Zieles hervorgehen. Die Sozialdemokratie ist aber zugleich — im Gegensatz zur kommunistischen Partei — eine demokratische Körperschaft, und darum muß das, was sie als Kampfregeln aufstellt, in ihren Mitgliedschaften und Sektionen verarbeitet und diskutiert werden, um neben der Einheit des Zieles zur Einheit des Weges, zur Einheit des Handelns zu kommen.

In diesem Sinne war der Parteitag ein Erfolg. Er ließ die vertretenen Meinungen und Strömungen in voller Breite zum Worte kommen, entschied im Nebenpunkt der Einheitsfront mit den Kommunisten die für alle Parteigenossen in gleicher Weise verbindliche Linie und im Hauptpunkt der allgemeinen Festlegung von Richtlinien praktisch mit einstimmiger Geschlossenheit.

Die Notwendigkeit des zu klärenden Problems ergab sich aus der Zeitlage, die gekennzeichnet war durch drei Hauptfaktoren: die Auswirkungen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, den Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung und das kommunistische Einheitsfrontmanöver.

Die Wirtschaftskrise bedeutet nicht nur steigende Massenarbeitslosigkeit mit ihren psychologischen Massenauswirkungen und individuellen Folgen. Sie zwingt die Sozialdemokratie insofern zu einer Neuorientierung, als sie das Problem des Weges, der zur Verwirklichung

des Sozialismus führt, zur Diskussion stellt. Die Behandlung dieses Problems wiederum wird maßgeblich beeinflusst von der Beurteilung des Wesens der gegenwärtigen Krise selbst. Wer der Auffassung ist, die heutige Krise sei, mit Ausnahme ihrer Dauer und ihres Umfangs, den frühern ökonomischen Krisen vergleichbar, wird seine Hoffnungen auf den in irgendeinem Zeitpunkt eintretenden Umschwung setzen. Er wird sie ähnlich beurteilen, wie etwa einen Krieg, der irgendwann, sagen wir in einem Zustand der Erschöpfung des einen oder beider Kriegslager, einmal ein Ende finden muß. Er wird annehmen, auch die Krise werde einmal einen Erschöpfungszustand herbeiführen — in diesem Falle die Erschöpfung der bisherigen Vorräte — und dadurch eine Wendung zum Bessern bewirken. Dann würde der Periode der Niederlagen und Mißerfolge die Periode des Wiederaufstieges folgen, und dann könne man mit den gleichen Mitteln wie früher für den Wiederaufstieg des Proletariats kämpfen.

Wer der Auffassung ist, es handle sich bei der gegenwärtigen Krise um eine Krise des kapitalistischen Systems, um einen innern Zerfall, der zwar keineswegs eine gelegentliche, vorübergehende Aufschwungsbewegung auszuschließen braucht, der aber in seiner großen Linie und in seinem ganzen Verlauf einen durch die immanenten Gesetze des Kapitalismus bedingten Niedergang bedeute, wird sich den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus anders vorstellen. Dieser Weg führt dann nicht über die Periode der kapitalistischen Prosperität zu einem neuen Aufschwung der proletarischen Befreiungsbewegung und zu einem beinahe unvermerkten Hineinwachsen in das sozialistische Zeitalter.

Ich habe in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Sozialismus hervorgehen wird als Resultat der *kapitalistischen Konjunktur* oder als Resultat der *kapitalistischen Krise*, nicht zu diskutieren. Der Parteitag hat sich zum zweiten Teil der Alternative bekannt und durch die Zustimmung zu den ihm vorgelegten Thesen der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Hauptaufgabe jeder Arbeiterbewegung nunmehr die *Vorbereitung der Ideologie des Sozialismus* sei.

Diese Aufgabe ist unstreitig viel schwerer, als was in der Vergangenheit vorbereitet und erarbeitet wurde. Zur Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse eine Macht darstellen könne, wenn sie es nur wolle, brauchte es schließlich nicht viel mehr als ein bißchen gesunder Menschenverstand, nachdem man auf Grund von zahlenmäßigen und handgreiflichen Erfolgen nachweisen konnte, wie sehr die moderne Arbeiterbewegung die Umwelt beeinflussen könne, wie sehr sie durch ihre Organisationen und ihre Aktionen imstande war, dem Proletariat einen viel breitem Lebensraum zu schaffen. Zur Erfassung der heutigen Lage, in der sich das Proletariat befindet und des Weges, den es zu gehen hat, braucht es unendlich mehr. Mit Erfolgen in früherem Sinne ist nicht mehr zu prunken, und es braucht schon wesentliche Einsicht und Erkenntnis, um zu verstehen, daß in der gegenwärtigen Situation das Halten erkämpfter Positionen bereits ein Erfolg ist. Wer aber die ganze Tragweite des sich jetzt abspielenden gewaltigen Umwälzungsprozesses er-

fassen will, muß zutiefst in die innern Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung eindringen, ihren gesetzmäßigen Verlauf zu überblicken versuchen und mit einem großen Maß von Kenntnissen ausgerüstet sein, um sich die Ueberzeugung von der Gewißheit des kommenden Sozialismus unerschütterter zu erhalten.

Auf diesem *ideologischen Gebiet* liegt nach meiner Ueberzeugung die Aufgabe der Sozialdemokratie auf Jahre hinaus. Der Parteitag hat diese Aufgabe begriffen, nun aber gilt es, sie den eigenen Anhängern und den nicht organisierten Massen begreiflich zu machen.

Diese Aufgabe ist um so schwerer zu erfüllen, als wir uns heute in einem *gesellschaftlichen Zwischenstadium* befinden, in einer Epoche, da der *Kapitalismus* sich nicht mehr dauernd erholen kann und gleichzeitig die machtpolitischen Voraussetzungen für die Verwirklichung des *Sozialismus* noch fehlen. Der Sinn dieser Epoche spiegelt sich deutlich in den deutschen Ereignissen wieder. Wenn wir von den unstreitbaren Fehlern der deutschen Arbeiterbewegung absehen, liegt doch die Erklärung des zur Macht gelangten Nationalsozialismus darin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes das Zutrauen zum deutschen Kapitalismus verloren hatte und andererseits kein Vertrauen zum deutschen Sozialismus haben konnte, weil ideologisch und machtpolitisch, trotz der Revolution und trotz des Umfanges der deutschen Arbeiterbewegung, die Voraussetzungen seiner Verwirklichung noch nicht bestanden.

Dieses gesellschaftliche Zwischenstadium, das je nach der Intensität der Krise des Kapitalismus noch lange andauern kann, spiegelte sich auch auf dem Bieler Parteitag wieder, in jenem Meinungskampf, dessen scheinbare Fixpunkte die Rechte, die Linke und das Zentrum waren. Ich habe schon auf dem Parteitag selber diese simplistische Einteilung, die früher einmal, unter viel einfachern Verhältnissen, ihre Berechtigung haben mochte, abgelehnt. Rechts, links und Zentrum sind nicht mehr die gleichen Begriffe wie einst; es hieße sich einer Selbsttäuschung hingeben, wollte man so schablonenhaft klassifizieren.

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Der auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommene Gegensatz liegt auf einem andern Boden. Die eine Richtung betrachtet die Wirtschaftskrise als eine vorübergehende Erscheinung, der — wie einst — der kapitalistische Aufschwung folgen werde und hält darum voraussetzungslos an den bisherigen Kampfmethoden fest. Die entgegengesetzte Richtung sieht den rettungslosen Niedergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems und gibt sich in ihrer Auffassung der proletarischen Kampfmethoden einem scheinbar revolutionären Gehaben hin, dessen Wert und Unwert am wirkungsvollsten durch die Ergebnisse etwa des Kampfes der deutschen Kommunisten beleuchtet wird.

Beide Richtungen denken in Extremen. Die einen schwören nur auf die Demokratie und die Legalität, die andern nur auf die Diktatur und die Illegalität. Es ist ein ähnliches extremes Denken wie in früherer Zeit, das in dem Gegensatz zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution, beides zwei verschiedene Seiten ein und desselben Pro-

zesses, zum Ausdruck kam. Und je mehr man mit Vertretern der einen und der andern Richtung diskutiert, um so mehr zeigt sich, daß keine der beiden Richtungen bis zu Ende zu gehen wagt. Die Anhänger der Nur-Demokratie nicht, und die Anhänger der Nur-Diktatur nicht. Es fällt den erstern gar nicht ein, zu sagen, wenn durch demokratischen Volksentscheid die »Aufhebung des Klassenkampfes«, wie sie den Vertretern des in der Vergangenheit wurzelnden Korporationensstaates vorschwebt, die Arbeiterschaft ihren Befreiungs- und Klassenkampf aufzugeben habe, oder wenn durch demokratischen Volksentscheid die legale Betätigungsmöglichkeit wegdekretiert würde, die Arbeiter aus lauter Respekt vor der Demokratie auf illegale Kampfmethoden zu verzichten hätten. Und kein Anhänger der Diktatur wird, weil die Diktatur einst ein möglicher und notwendiger Zustand des gesellschaftlichen Uebergangs sein mag, erklären, nun habe die Arbeiterschaft heute schon nichts Gescheiteres zu tun, als auf die Anwendung demokratischer und legaler Kampfmethoden zu verzichten und unbekümmert um die praktischen Auswirkungen illegal unterzutauchen und mit Gewaltmethoden ihren Kampf zu führen.

In Biel aber war es so, wie Genosse *Ernst Nobs* mit Recht feststellte: die beiden Standpunkte wurden überspitzt, mehr als das: die Ueberspitzung auf der einen Seite rief der Ueberspitzung auf der andern. So wurde der Schein schärfster Gegensätzlichkeit erweckt, die in diesem Ausmaß gar nicht vorhanden war. Die Bestätigung dieser Tatsache lag in der einstimmigen Annahme der ausführlichen Thesen.

Die Ueberspitzung dieser Gegensätzlichkeit ist in der gegenwärtigen Zeitlage indes nicht ohne Bedenken. Die Bourgeoisie fühlt sich in ihren Machtpositionen bedroht. Wirtschaftlich weiß sie keinen Ausweg aus der Krise, materiell erleidet sie Verluste, die sie vorläufig noch aus den Reserven decken kann, politisch erwächst ihr eine nicht zu unterschätzende Gefahr im Aufkommen Neubürgerlicher Geistesströmungen bei der jungen Generation. Diese Strömungen müssen sich bei den ganz andersgearteten Schweizer Verhältnissen gegen die heute herrschenden politischen Parteien richten. Zu ihnen gehört — im Landesmaßstab betrachtet — die Sozialdemokratie nicht. In der Schweiz herrschen die politischen Parteien des Bürgertums. *Unsere Partei ist nicht durch eine Koalitionspolitik kompromittiert wie die deutsche Sozialdemokratie.* Bei den gegebenen konstitutionellen Grundlagen des Staates kann unsere Partei, selbst wenn sie es wollte, keine Tolerierungs- und keine Koalitionspolitik treiben. Aber es ist ganz natürlich, daß die regierenden bürgerlichen Parteien nervös versuchen, den Stoß, der ihnen aus dem eigenen Lager droht, auf die Sozialdemokratie abzulenken. Darum das bewußt demagogische Geschwätz von der marxistischen Front in der Schweiz — bewußt demagogisch, um die Sozialdemokratie mit den Handlungen und Folgen der kommunistischen Putschpolitik zu belasten. Darum das Bestreben, eine sogenannte antimarxistische Einheitsfront zu errichten. Allen voran der Freisinn, dessen Führer die eigene historische Lage nicht begreifen und die sich in der Meinung, dem allmählichen Zerriebenwerden entgehen zu können,

krampfhaft den Mannen vom Schlag Musys in die Arme werfen und damit den politischen Selbstmord vorbereiten.

Neben diesen bewußten Versuchen, die Sozialdemokratie in eine ihr nicht zukommende Situation zu versetzen, begünstigen die internationalen Verhältnisse eben diese Bemühungen. Eingekeilt zwischen zwei faschistische Großblöcke, denen im Osten bald ein kleinerer Ableger folgen kann, ermuntert durch die »Säuberung« Deutschlands von den »Marxisten«, ist es ganz klar, daß den bürgerlichen Parteien der Schweiz jede Erscheinung, und sei sie auch noch so unbedeutend, gut genug ist, um ihnen ein Vorwand zum Großkampf gegen die Arbeiterschaft und zu ihrer Entrechtung zu bieten.

Dieser objektiven Lage muß sich die Arbeiterschaft und müssen sich vorab ihre Vertreter bewußt sein. Dieses Bewußtsein schmälert keineswegs die Grundsatztreue und den revolutionären Willen, es fließt dieses Bewußtsein im Gegenteil gerade aus diesen Eigenschaften. Ohne auch nur ein Jota von unserer Auffassung und unserem Kampfwillen preiszugeben, *haben wir uns klar zu sein, daß das Jahr 1933 nicht das Jahr 1920 ist.* (Was damals im Strom der Zeit und im Hinblick auf die vermeintliche Wiederkehr normaler Verhältnisse verwischte, das kann heute, wo das kapitalistische Bürgertum um seine Herrschaft kämpft, zum Ausgangspunkt tiefgreifender politischer Aktionen des Gegners sein, die an den Lebensnerv der Arbeiterbewegung greifen.) Zu solchen Aktionen darf die Arbeiterschaft nicht durch die Ueberspitzung der Gegensätze den Vorwand liefern, wenn sie sich nicht vor der Geschichte mit der nicht leicht zu nehmenden Verantwortung belasten will, daß sie durch die eigene Sorglosigkeit ihres Gehabens das Entstehen und die Ausbreitung der faschistischen Welle in der Schweiz leichtfertig begünstigt habe.

Man mißverstehe nicht. Ich predige nicht Zagheit und Lauheit. Ich meine nur, daß Klugheit, Abwägen der Klassenkräfte und Erkenntnis der Tatsachen nicht im Gegensatz stehen zum Wesen sozialdemokratischer Arbeiterpolitik. Diesen Sinn hat auch der Parteitag den von ihm gefaßten Beschlüssen gegeben. Wird dieser Sinn von den verantwortlichen Parteigenossen verstanden — und dazu ist jedes Parteimitglied zu zählen — dann wird es dem politischen Gegner und Machthaber nicht gelingen, Verantwortlichkeiten abzuwälzen, die er selber zu tragen hat und dann werden wir imstande sein, den faschistischen Gelüsten einen so wirkungsvollen Damm entgegenzusetzen, daß es bei den Gelüsten sein Bewenden hat.

Der Parteitag hat sich nicht nur gegen den Faschismus als des Rückfalls in das Zeitalter der Barbarei gewendet. Er hat sich ebenso einstimmig und entschlossen zum *Internationalismus* bekannt. Dieses Bekenntnis erlangt jetzt, da die verschiedenen nationalen Fronten, in öder Nachäfferei des deutschen Faschismus, den Schweizer Arbeiter wieder »in die Nation eingliedern wollen«, *unmittelbar praktische Bedeutung*. Der Schweizer Arbeiter war so lange national eingestellt, bis ihn die Verkümmern und die Verelendung der kapitalistischen Entwicklung zum Klassenbewußtsein erweckte. Heute bedeutet der

Nationalismus für die Schweiz nicht nur *Autarkie*, wirtschaftliche Abgeschlossenheit. In einem Land, das auf Gedeih und Verderb mit der Weltwirtschaft zusammenhängt, in einem Land, dessen Agrarwirtschaft nicht einmal mehr ein Viertel der Bevölkerung zu ernähren vermag, *müßte der konsequent durchgeführte Nationalismus zur wirtschaftlichen Unmöglichkeit, vier Millionen Menschen zu erhalten, führen*. Darüber hinaus aber ist der von gescheiterten Industriellen und Militärs, wie *Sonderegger*, und von einem Lumpen, wie *Oltramare*, geführte schweizerische Nationalismus nichts anderes als die Ideologie der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion, nichts anderes als die Verheißung, daß der Lohndruck vergrößert, die sozialen Erregenschaften verkümmert und die politische Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zerstört würden. Hier handelt es sich weniger um theoretische als um *nackte Existenzfragen der Arbeiterklasse*.

Der Parteitag hat auch diese Lage klar erkannt. Indem er sein Bekenntnis zum Internationalismus ablegte, gab er den Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht nur die Losung für den praktischen Kampf des Alltags, er zeigte auch den außerhalb des Proletariats stehenden bürgerlichen und habbürgerlichen Schichten *die ungeheuren Gefahren, die dem ganzen Land und seiner Volkswirtschaft erwachsen, wenn es dem verbrecherischen Spiel mit dem Nationalismus nicht energisch Einhalt gebietet*.

So stand der Bieler Parteitag im Zeichen der Rüstung und der Abwehr, des Angriffs und der Verteidigung, der theoretischen und praktischen Klärung der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme. An den Parteigenossen liegt es, in seinem Geiste zu wirken und zu arbeiten.

Der 28. Mai 1933 als Kampftag

Von Robert Bratschi.

I.

Der Verlauf der hartnäckigen Verhandlungen der nationalrätlichen Lohnabbaukommission von Ende August 1932 in Zermatt hat gezeigt, daß wir einem wirtschaftlichen Großkampf entgegengehen. Der Schreibende hat diese Ansicht unmittelbar nach den erwähnten Verhandlungen in der Presse zum Ausdruck gebracht. Die Verhandlungen in Zermatt hatten offenbart, daß die Mehrheit des Parlamentes dem einstimmigen Bundesrat unter Führung Musys auf dem Wege der Politik der Belastung der breiten Volksschichten folgen werde. Die parlamentarische Beratung war in der Hauptsache ein Feilschen um unbedeutende Milderungen des Abbaues, die der Mehrheit des Nationalrates und den Leitungen der beteiligten politischen Parteien das Einlenken möglich machen mußten. Die parteipolitische Einigung auf Kosten des Personals wurde im Parlament bei 7½ Prozent gefunden!

Das aber war kein Abschluß, sondern eben erst der Anfang des Kampfes. Mag die politische Demokratie noch so unvollkommen sein